

An das

**Sächsische Staatsministerium der Justiz und für
Demokratie, Europa und Gleichstellung**
Staatsministerin Katja Meier
Staatssekretärin Dr. Gesine Märtens

Die Lausitz, 17. Februar 2023

**Stellungnahme des Bündnisses der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz
zum Normsetzungsvorhaben Sächsisches Gleichstellungsgesetz**

Sehr geehrte Staatsministerin Meier,
Sehr geehrte Frau Dr. Märtens,

als **Bündnis der Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz** wenden wir uns bezüglich des Entwurfs zum
Sächsischen Gleichstellungsgesetz an Sie.

Mit dem neuen Gleichstellungsgesetz hatten wir auf kommunaler Ebene eine Stärkung und Professionalisierung der Gleichstellungsarbeit auf gesetzlicher Grundlage erwartet. Der vorliegende Entwurf erreicht dieses Ziel auf Landesebene, doch die Gleichstellungsarbeit in den Kommunen wird geschwächt.

Durch den Wegfall der möglichen Personalunion von kommunaler Gleichstellungsbeauftragter und Gleichstellungsbeauftragte in der Dienststelle in Kommunen mit mehr als 17000 Einwohnerinnen und Einwohnern kommt es aus unserer Sicht zu einer eklatanten Schwächung der Gleichstellungsarbeit gerade in den Mittelstädten durch die Nichtdefinition der Freistellung.

Mit der Änderung der Gemeinde- und Landkreisordnung wird durch die Ergänzung „alle Geschlechter“ eine zusätzliche Aufgabe für die Gleichstellungsbeauftragten formuliert. Die ergänzenden Aufzählungen der Bereiche mit Familie, Beruf und Gesellschaft, schränkt ein und zeigt falsch, wo die Aufgabenschwerpunkte der Gleichstellungsbeauftragten liegen sollten.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben in Ihrer Amtszeit schon viel erreicht. Die Richtlinie zur Chancengleichheit wurde novelliert und noch nie lag der Etat für die Gleichstellung im Landeshaushalt in der Größenordnung wie in diesem Doppelhaushalt. Dachverbände und Landesarbeitsgemeinschaften wurden durch Ihre Initiative und Unterstützung gestärkt und es gibt in Sachsen wirkungsvolle Netzwerke, die sich für eine gleichberechtigte Teilhabe einsetzen.

Durch ihr Engagement gibt es Aktionspläne und einen Maßnahmenkatalog. Um diese an der Basis, in den Kommunen, zu nutzen und umzusetzen braucht es *kommunale* Gleichstellungsbeauftragte mit klarem gesetzlichen Auftrag und personellen Ressourcen.

Wir als kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Lausitz schlossen uns zu einem starken, länderübergreifenden Netzwerk zusammen und wir freuen uns aktuell sowie rückblickend über unsere aktive, öffentlichkeitswirksame Gleichstellungsarbeit im ländlichen Raum.

Unser Bündnis ist sehr dankbar, dass Sie diese Arbeit maßgeblich unterstützen!

Wir arbeiten eng mit Hochschulen zusammen, initiierten und betreiben die Plattform FwieKraft, führten länderübergreifend eine gemeinsame Strukturwandelkonferenz durch und begleiten und unterstützen zivilgesellschaftliche sowie behördliche Akteur*innen im Prozess des aktiven, demokratischen Mitgestaltens in unserer Region. Wir wirken als Lausitzer Gleichstellungsbeauftragte auf Bundeskonferenzen, unsere Arbeit wird in der EU-Kommission wahrgenommen.

„Unser Zeichen ist in Europa angekommen!“ Frau Dr. Märtens, vielen Dank für Ihr Feedback auf der Spremberger Strukturwandelkonferenz im letzten September zu unserer Arbeit!

Sie wissen um die schwierige Situation und Akzeptanz der Gleichstellungsbeauftragten insbesondere in den ländlichen Räumen. Für die Lausitz können wir Ihnen genau beschreiben, was es bedeuten wird, wenn dieses Gesetz so vom Landtag verabschiedet wird.

Uns sind Standpunkte und Kommentare der Kommunalen Spitzenverbände zum vorliegenden Gesetzesentwurf bekannt. Aus unserer Sicht wurde das Ziel und die strategische Ausrichtung des Gesetzes nicht erkannt und wir sehen darin eine verpasste Chance für eine moderne und innovative Entwicklung unseres Landes, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und oftmals fehlenden Bleibeperspektiven für Frauen.

Als Menschen, die für die Gleichstellung tätig sind und täglich aktiv eintreten, wissen wir, dass Ihr Ministerium, Frau Staatsministerin Meier, mit dem neuen Gleichstellungsgesetz unser Wirken und Arbeiten stärken wollte, doch eine gelingende kommunale Gleichstellungsarbeit, die in die Gesellschaft und Regionen hineinwirkt, wird mit der Umsetzung des Gesetzes aus unserer Sicht und mit unseren Erfahrungen nicht möglich sein.

Bitte kommen Sie mit uns ins Gespräch und in einen konstruktiven Austausch.

Wir blicken mit großer Sorge auf die Auswirkungen bei einem möglichen Inkrafttreten des Gesetzes und werden uns auch an die Sprecher*innen und Befürworter*innen von Gleichstellungsarbeit in Politik und Gesellschaft in Sachsen wenden.

Stellvertretend für die Lausitzer Gleichstellungsbeauftragten,

Ines Fabisch, GBA a. D. LK Görlitz & Marika Vetter, GBA LK Görlitz

Fränzi Straßberger, GBA Stadt Bautzen & Ina Körner, GBA LK Bautzen

Korina Jenßen, GBA Stadt Hoyerswerda & Aline Erdmann, GBA Stadt Spremberg

Dr. Julia Gabler verantwortlich für die Begleitforschung und Direktorin am TRAWOS Institut